

Erfurt, 19. Mai 2021

## Beschluss der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Thüringen

### Politische Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie

Vor zwei Wochen haben Bundestag und Bundesrat Lockerungen für Geimpfte und Genesene beschlossen. Für vollständig Geimpfte und genesene Menschen sollen damit weitere Corona-Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen entfallen. Außerdem sollen für sie automatisch die Erleichterungen gelten, die bisher Menschen mit negativen Corona-Tests vorbehalten sind. Diese Entscheidung nehmen wir zum Anlass, weitere Vorschläge für politische Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie zu machen.

Wichtig ist uns weiterhin eine Strategie, die alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft und nicht einige Gruppen stärker belastet als andere. Daher sollten Maßnahmen nicht nur den privaten Bereich, die Schulen und die Kindereinrichtungen regeln, sondern auch deutlich stärker die Arbeitswelt. Bislang fehlt eine notwendige und konsequente Unterscheidung aller Aktivitäten danach, ob sie in geschlossenen Räumen oder im Freien stattfinden. Für alle Unternehmen und Verwaltungen fordern wir die konsequente Umsetzung der Home-Office-Pflicht, wenn keine zwingenden Gründe, auch seitens der Arbeitnehmer\*innen entgegenstehen, verbunden mit verbindlichen Regelungen zum Tragen einer medizinischen Maske, dort wo mehrere Menschen in geschlossenen Räumen zusammenarbeiten und verpflichtenden regelmäßigen Testungen mindestens zweimal wöchentlich. Erste Studien machen deutlich,

dass die Corona-Pandemie bestehende soziale Ungleichheiten noch verstärkt. Die Pandemie trifft besonders prekäre Arbeitsverhältnisse, in denen kein Home-Office umgesetzt wird oder Hygienemaßnahmen nicht konsequent realisiert werden. Auch beengte Wohnsituationen führen häufiger zu Ausbrüchen des Virus. Deswegen braucht es eine stärkere Kontrolle der bisherigen Maßnahmen in den Betrieben und auch eine bessere Nachverfolgung der Umsetzung von Quarantänemaßnahmen. Auch sollten Quarantänemaßnahmen außerhalb der eigenen Wohnung beispielsweise in Pensionen oder Hotels, um Familien und Menschen in beengten Wohnverhältnissen besser zu schützen. In den letzten Monaten der Pandemie sollte mehr Test- und Impfmobile zum Einsatz kommen, gerade dann wenn es Ausbrüche in bestimmten Stadtvierteln, Gemeinden oder in einzelnen Betrieben gibt. Das Beispiel Köln zeigt, dass diese Möglichkeiten vor Ort sehr gut angenommen werden.

Fakt ist: Wir brauchen einen starken Öffentlichen Gesundheitsdienst, um die Kontaktpersonennachverfolgung zu gewährleisten und die Prozesse zu beschleunigen. Pandemieforscher\*innen weisen seit langem darauf hin, dass es für die Beurteilung des Pandemiegeschehens wichtig wäre, möglichst viele Daten bei Testungen zu erheben, um Ausbrüche genauer nachvollziehen und entsprechende Maßnahmen zielgenau anpassen zu können. Dafür ist es notwendig, die Gesundheitsämter personell aufzustocken und digital zu vernetzen, so dass der Zeitraum zwischen Test und Quarantäne verkürzt und dadurch weitere Ansteckungen verhindert werden können.

Die Impfpriorisierung sollte vollständig aufgehoben werden, damit sich nunmehr alle Bürger\*innen und Bürger impfen lassen können. Das ist gerade für Eltern und mobile Gruppen wichtig, die eine erhöhte Gefahr haben, sich im Umfeld von Schulen und Kindergärten zu infizieren, aber auch, um für Kinder einen Schutzkokon aufzubauen, bis auch sie geimpft werden können. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, dass die Forschung zu den Impfstoffen für Kinder und Jugendliche durch Bundesmittel unterstützt und konsequent vorangetrieben wird. Impfangebote für Kinder und Jugendliche sollten zügig geplant und vor Ort in Schulen und Kindergärten, aber auch bei Kinderärzten und in Impfzentren gemacht werden. Darüber hinaus sollten die Impfzentren als niedrigschwellige Angebote für alle weiterhin geöffnet bleiben. Dies trägt zur Entlastung der Hausärzt\*innen bei und ist ein Service für die Bevölkerung insgesamt, um im Falle einer notwendigen Erhöhung der Impfkapazität eine kurze Reaktionszeit zu gewährleisten. Zu beachten ist dabei, dass gerade viele jüngere Menschen aber auch Menschen, die bspw. in Gemeinschaftseinrichtungen untergebracht sind, keine\*n Hausarzt oder Hausärztin haben und daher auf diese Angebote angewiesen sind. Schließlich sollten auch geimpfte Personen weiterhin getestet werden, um mögliche Escape-Mutationen des Covid-19-Erregers nicht aus dem Blick zu verlieren.

Familien, Kinder und Jugendliche müssen nun endlich in den Mittelpunkt der Pandemiemaßnahmen gerückt werden. Nachdem sie in den letzten 15 Monaten den älteren Generationen gegenüber solidarisch waren, obwohl sie die Maßnahmen besonders betrafen,

ist es jetzt nur fair, die Bedürfnisse junger Menschen zu priorisieren. Dazu gehört, die psychologischen Folgen der Corona-Maßnahmen stärker in den Blick zu nehmen, angesichts der besonderen Belastungen, die die Familien seit über einem Jahr durch Homeoffice, Homeschooling, Kinderbetreuung, Kontaktbeschränkungen und Pflege im Privaten schultern. Junge Menschen leiden besonders unter der Einschränkung ihrer sozialen Kontakte und Freizeitaktivitäten. Wir fordern daher den Auf- und Ausbau kostenloser psychologischer Beratungsleistungen an Universitäten, Fachhochschulen, Schulen und Ausbildungszentren möglichst flächendeckend.

Unsere Fraktion macht sich schon seit Beginn der Pandemie dafür stark, dass Schulen und Kindergärten möglichst geöffnet bleiben und zu sicheren Orten gemacht werden. Eine Teststrategie mit verpflichtenden Tests zweimal pro Woche ist mittlerweile bundesweit vorgeschrieben. Ebenso gibt es eine Pflicht zum Maskentragen in Thüringer Schulen. Darüber hinaus braucht es die Umsetzung von Schulwegkonzepten und die Entzerrung des Schüler\*innenverkehrs, beispielsweise durch gestaffelten Unterrichtsbeginn und den Einsatz von mehr Schulbussen. Wichtig erscheint uns zudem der verstärkte Einsatz von Schulsozialarbeiter\*innen in allen Schulen, um den Kindern und Jugendlichen zusätzliche Ansprechpartner\*innen - gerade in Problemlagen - zur Seite zu stellen.

Geeignete Luftreinigungsanlagen, für die Gelder im Haushalt eingestellt wurden, könnten auch bei Grippewellen in den nächsten Jahren helfen und sollten deshalb schnell umgesetzt werden. Aerosolforscher\*innen haben darauf hingewiesen, dass an der frischen Luft kaum Infektionen stattfinden. Die nun beginnende wärmere Jahreszeit bietet daher Möglichkeiten, anders mit der Pandemie umzugehen und gerade Kindern und Jugendlichen wieder mehr Freiheiten, Begegnung und Teilhabe auch am soziokulturellen Leben zu ermöglichen (bspw. Freiluftkinos, Strandbars, Clubs mit Außenfläche). Mit negativen Selbsttests sollten die Kontaktbeschränkungen im Freien aufgehoben werden. Dafür könnten beispielweise an bestimmten Jugendtreffs oder Spielplätzen Testmobile kostenlose Selbsttests zur Verfügung stellen. Auf diese Weise könnte auch Sport im Freien wieder uneingeschränkt ermöglicht werden. Auch kontaktarme Urlaubsmöglichkeiten wie Camping oder Ferienhausurlaub sollten wieder erlaubt werden, um den Familien eine Möglichkeit zur Erholung zu geben. Sobald die Einrichtungen wieder öffnen sollten Kinder, Jugendliche, Auszubildende und Studierende einen Sommer lang freien Eintritt zu Freizeiteinrichtungen im Freien, wie Freiluft-Schwimmbädern, Kletterparks oder Zoos erhalten.